

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Michael Kunze

Mitglied SPD-Fraktion

Vertreterin Christina Heide
Ausschussmitglied Gesche Marxfeld
Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Stellv. Ausschussvorsitzender Georg Berner-Waindok
Ausschussvorsitzende Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Beata Bartnick-Hoeft

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhart

Schülervertretung

Schülervertreter René Gommers

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Gabriele Runge

Gastgebende Schule

Frau Winkler, Frau Schulze

Gäste aus den Schulen

Herr Dr. Engeler (IGS), Herr Fischer (NHW), Herr Pommer (OBS Stadtmitte)

Verwaltung

1. Stadtrat Herr Schönfelder

Herr Feist
Herr Hofmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Rat
- 3.1 Antrag Gruppe CDU/WBV auf Fortführung der Förderschule im "Lernschwerpunkt **552/2018** Lernen" bis zum Ende des Schuljahres 2027/2028
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Informationen zum Förderzentrum Wilhelmshaven
- 4.2 Informationen zu Bildung und Teilhabe
- 4.3 Informationen zu Bringzonen im Verkehrsraum bei Grundschulen
- 4.4 Anfrage zum Programm „Schule Plus“
- 4.5 Anfrage zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum inklusive Schule (RZI)
- 4.6 Anfrage zum Außenstandort der OBS Stadtmitte
- 4.7 Anfrage zur AG „Bessere Schule“

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Weinstock**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

- 3 Vorlagen an den Rat

- 3.1 Antrag Gruppe CDU/WBV auf Fortführung der Förderschule im "Lernschwerpunkt Lernen" bis zum Ende des Schuljahres 2027/2028 **552/2018**

Frau Weinstock leitete mit einem Rückblick auf die vorangegangenen Sitzungen zur Fortführung der Förderschule Lernen (FöS L) ein. Anschließend trug **Herr Ehlers** den Antrag der Gruppe CDU/WBV vor.

Herr Feist verwies ebenfalls auf die vorherigen Diskussionen und den ermittelten Elternwillen. Hinzu wies er auf die Handreichung der NLSchB zu § 183c Abs. 5 NSchG hin, die auch Informationen zur Klassengröße beinhalte. Auf die Anlagen zum TO 4 der Sitzung 3/2018 sowie zum TO 4.2 der Sitzung 5/2018 wird hingewiesen.

Herr Dr. von Teichman gab an, man habe schon ausführlich diskutiert, die Angele-

genheit sei auch auf Grund der Elternangaben erledigt. Er hinterfragte neue Argumente und verwies auf die im SchA von Frau Rossié (Schulleitung der IGS) vorgetragenen Informationen. Aus seiner Sicht sei eine Hilfe bei der Beschulung von Kindern mit Förderbedarf ES nötig. Die Schulen erhoffen sich hierbei Hilfe. Wenn das Land nicht helfe, könne wenigstens an zwei Stellen die Stadt helfen, dem Antrag der FDP hierzu sei jedoch der Rat leider nicht gefolgt. **Herr Dr. von Teichman** kündigte an, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Herr Kunze führte aus, dass der Stadtelternrat (StER) der ursprüngliche Initiator sei, weshalb von dort Rückendeckung für den Antrag komme. Hinzu verwies er auf die Meinung des Lehrerverbandes VNL. Inklusion, so **Herr Kunze**, könne nicht heißen, dass man alle Schüler in einen gemeinsamen Raum hineintropfen lasse. Nötig sei, dass man über pädagogische Mitarbeiter verfüge – und diese seien nicht gleichzusetzen mit Sozialarbeitern die über keinerlei pädagogische Ausbildung verfügen. Hinzu sei mit wachsenden Schülerzahlen und Raumnot zu rechnen. Auch wies er auf einen Zeitungsartikel hin, in dem ein Notruf der OBS Stadtmitte aufgeführt werde. Der Antrag sei nicht überholt, sondern notwendig.

Herr Ehlers erklärte, das NSchG biete viele Möglichkeiten zur Ausgestaltung von Schule. Wilhelmshaven müsse als Oberzentrum alles anbieten. Für ihn zähle der Elternwille. Er vertrat die Auffassung, dass Anmeldungen folgen, wenn man sich vor Ort über das pädagogische Angebot überzeugen lassen könne. Ein Schulträger habe die Verpflichtung, den Schulbesuch optimal auszugestalten und die komplette Bandbreite der schulischen Angebote bieten, darum müsse man auch die Förderschule L anbieten. Über eine Förderschule ES könne zukünftig noch geredet werden. **Herr Ehlers** gab weiter an, dass der Elternwille umzusetzen sei.

Frau Marxfeld erklärte, dass auch für die SPD der Elternwille das oberste Gebot sei. **Herr Gommers** erklärte, dass die Schüler wichtig seien und hinterfragte die Ablehnung des FDP-Antrags.

Anschließend wurde Herrn Pommer, Schulleiter der OBS Stadtmitte, mehrheitlich das Wort erteilt. **Herr Pommer** teilte mit, dass es beim vorgenannten Hilferuf um Unterstützung zur Beschulung von ES-Kindern – und nicht L-Kinder – ging.

Herr Burkhardt führte aus, dass der Elternwille und nicht die Finanzen zählen. Die Bedarfsermittlung sei nicht erforderlich gewesen. Das Angebot der FöS L werde angenommen, wenn es da sei. Zu den bereits geschilderten Problemen käme noch die mangelhafte Lehrerversorgung dazu, weshalb keine richtige Forderung und Förderung der Schüler möglich sei. Hinzu sei keine Schülerbeförderung nötig, wenn in Wilhelmshaven eine FöS L existiere. Auch er sprach sich dafür aus, ggf. eine FöS ES in Wilhelmshaven einzuführen.

Herr Berner-Waindok hätte erwartet, dass SPD und CDU dem Antrag der FDP zustimmen und er zeigte sich irritiert von der Aussage von Herrn Kunze eine Schulleitung habe es nicht verstanden. **Herr Gommers** wies erneut auf den Schülerwillen hin.

Herr Ehlers erklärte, dass man im Rat die Stellenschaffung abgelehnt habe, weil es sich dabei um eine Landesaufgabe handele und man keinen Druck vom Land nehmen wolle. Man müsse gemeinsam diese Stellen beim Land einfordern.

Herr Dr. von Teichman erläuterte, dass man mit zwei Stellen den Druck von Schülern, Schulen und Lehrkräften nehmen wollte. Die Landesregierung werde hier nicht aktiv. So wäre es eine Chance gewesen, zu helfen. Hinzu gehe es hier nicht um Inklusion, sondern um die FöS L. Die Schulen bräuchten Hilfe für die Beschulung von ES-Kindern. Weiter gab **Herr Dr. von Teichman** an, sei die Bedarfsermittlung nicht verboten gewesen – das Ergebnis sei mehr als dürftig. Den Antrag halte er für nicht nachvollziehbar, auch gebe es keine neuen Argumente.

Herr Ehlers gab an, dass auf Grund von Terminausfällen keine rechtzeitigere Beratung und Antragstellung möglich gewesen sei. Der Antrag sei aber rechtzeitig für die Umsetzung zum Schuljahr 2019/20. Außerdem hätten Ratsmitglieder die Schulleitungen besucht: Dort gebe es ein sehr differenziertes Meinungsbild zur Fortführung der FöS L: Es halten sich die Meinungen zur Fortführung und zur Nichtfortführung die Waage. **Herr Ehlers** bekräftigte, dass man in Wilhelmshaven alle rechtlich möglichen Schulformen anbieten müsse.

Herr Burkhart verwies auf zwei ausgefallene Schulausschusssitzungen und bestätigte das differenzierte Meinungsbild der Schulleitungen. Die Schulen seien für Inklusion nicht ausgestattet, die Wirtschaftspläne wiesen nicht genug Geld für die Umsetzung von Inklusion aus, die baulichen Voraussetzungen seien nicht gegeben, die Inklusion so nicht umsetzbar.

Herr Feist gab an, dass nach fünf Jahren Inklusion die Schulen einen hohen Kompetenzgrad zur Beschulung von Kindern mit Förderbedarf Lernen erlangt haben. Die Versorgung mit punktgenau qualifizierten Lehrkräften sei ein Problem, ebenso die hohe Zahl von Abordnungen aus den Gymnasien. Er wies darauf hin, dass es neben dem VNL weitere Lehrerverbände gebe – mit abweichenden Meinungen. Der VNL sage zudem, dass die Schulentwicklungszahlen verheimlicht werden. Dies sei nicht zutreffend und er verwies dabei auf die vorherige SchA-Sitzung in der Grundschule Sengwarden. **Herr Feist** gab weiter an, dass die Schulleitungen zu dieser Thematik noch nicht wieder an den Schulträger herangetreten seien und verwies auf den Vortrag der weiterführenden Schulen in der Sitzung 3/2018. Zur Bedarfsermittlung führte er aus, habe die Verwaltung den Auftrag aus dem SchA ausgeführt. Anschließend zitierte er das Ergebnis der Bedarfsermittlung mit elf Kindern für drei Jahrgänge und die Aussage von Frau Thiesen (NLSchB), wonach elternseitig kein Bedarf erkannt werde. Nötig seien 39 Kinder – damit pro Jahrgang 13 Kinder. Die Voraussetzungen für eine Fortführung seien nicht erfüllt. Hinzu habe die geringe Zahl von L-Kindern keine Auswirkungen auf räumliche Probleme. Berücksichtige man konsequent den Elternwillen, müsse angesichts der Anmeldezahlen an der IGS auch ein Antrag zur Einrichtung einer zweiten IGS folgen.

Herr Kunze betonte, dass es sich bei seiner Darstellung ausschließlich um pädagogische Ansätze handele und es nicht um die Personen Pommer oder Kunze gehe

Herr Burkhart erklärte, dass die Befragung eine Hemmschwelle für die Eltern dar-

gestellt habe. So hätte die Statistik genutzt werden können. Die Schulverwaltung solle bei der NLSchB nachfragen, ob auch bei weniger als 13 Kindern die Fortführung in Betracht komme. **Herr Feist** äußerte, dass keine Ausnahme möglich sei und die Befragungsmethodik schon diskutiert worden sei. Hierbei wies er auf die empfohlene Beratung durch die Schulen hin.

Herr Burkhardt nannte die Zahlen zur Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2017/18: OBS Stadtmitte = 95,69 % und Marion-Dönhoff-Schule = 87,3 %.

Herr Dr. von Teichman wies auf die vorangegangenen Sitzungen hin und gab an, dass sich niemand um neue Erkenntnisse bemüht habe und verlas die im SchA schon vorgestellten Zahlen zu den Kindern mit Förderbedarf L im Grundschulbereich. Hinzu verwies er auf die Einschätzung des Landesrechnungshofes, der ein doppeltes System nicht gute heiße. **Herr Ehlers** führte die vorgetragenen Zahlen zusammen und forderte die rechtlich einwandfreie Formulierung des Antrags. Wenn mehrheitlich die Fortführung beschlossen werde, dürfe auch erwartet werden, dass der Beschluss umgesetzt werde.

Frau Weinstock verwies auf die Zufriedenheit vieler Eltern mit der inklusiven Beschulung ihrer Kinder. Schwierig sei die Beschulung von Kindern mit Förderbedarf ES. **Herr Feist** gab an, dass ein Beschluss umgesetzt werde. Die vom SchA beauftragte Bedarfsermittlung werde dem Antrag an die NLSchB beigefügt. Es erfolge keine tendenziöse Antragstellung. Die NLSchB entscheide. **Herr Burkhardt** wies darauf hin, dass erneute Abfragen möglich seien.

Frau Weinstock verlas den Antrag und rief danach zur Abstimmung auf. Bei sechs Zustimmungen und fünf Ablehnungen wurde der Antrag mehrheitlich angenommen. Auf den Antrag 552/2018 wird verwiesen.

Beschluss: Mehrheitlich angenommen

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Informationen zum Förderzentrum Wilhelmshaven

Frau Winkler, Schulleiterin des Förderzentrums, stellte ihre Schule vor. Dabei führte sie zunächst die Räumlichkeiten u. a. mit Sporthalle, Fachräumen, Bücherei und das Außengelände auf. Anschließend ging sie auf die zzt. auslaufende FöS L (Jahrgänge 7-10) und die möglichen Abschlüsse ein. Die FöS L sei in den Jahrgängen 7-9 stabil zweizügig und es gebe auch Zulauf. Danach erläuterte **Frau Winkler** zum Sprachheilinternat der AWO und den dazugehörigen Klassen am Förderzentrum. Nach Rückmeldungen aus den Grundschulen seien die Kinder hervorragend aufgestellt, wenn sie in die Grundschulen zurückkehrten. Auf Nachfragen von **Herrn Dr. von Teichman** gab **Frau Winkler** an, dass in Bezug auf den Förderbedarf Sprache alle Gesellschaftsschichten vertreten seien und es zwar nicht eine deutliche Steigerung der Zahlen gebe, aber sehr wohl die Fälle schwieriger werden. Schon in den Kitas werde Logopädie genutzt, um die Kinder zu fördern. Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** führte sie aus, würden nicht nur die Kitas, sondern auch Eltern selbst logopädische Maßnahmen fordern.

Zur Frage von **Frau Weinstock**, wie bei der Fortführung der FöS L die Versorgung der Grundschulen und weiterführenden Schulen funktioniere, gab **Frau Winkler** an, liege zzt. die Versorgung durch das Förderzentrum bei 50 %

Weiter führte **Frau Winkler** zum Unterricht am Klinikum Wilhelmshaven und zur Systemischen Unterstützung schulischer Integration aus.

Auf die Anlagen „FöZ_Aufbau“ und „Förderzentrum f. Schulausschuss“ wird verwiesen.

4.2 Informationen zu Bildung und Teilhabe

Herr Feist informierte über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Dabei ging er auf die rechtlichen Grundlagen, Leistungen, steigende Fallzahlen und den finanziellen Umfang ein.

Zur Nachfragen von **Herrn Dr. von Teichman** teilte **Herr Feist** mit, gebe es z. B. in den Bereichen Klassenfahrten und Lernförderung keine Probleme. Schwierig könne es beim persönlichen Schulbedarf werden, wobei er auf die von der Bundesregierung geplante Aufstockung der Mittel hinwies. 10,-- € monatlich für die kulturelle Teilhabe, so **Herr Feist**, reichten nicht aus. Oft hätten SchülerInnen keine ausreichenden Unterrichtsmaterialien mit – dann würden Schulfördervereine oder Stiftungen einspringen.

Auf Bitte von **Herrn Ehlers** wird hier zur Fallzahl aus 2018 mit 10.306 Vorgängen die Anzahl der Leistungsberechtigten zu Protokoll genommen: Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit gab es 4.608 nach SGB II Leistungsberechtigte im Alter von unter 25 Jahren und laut Auskunft des Jugendamtes 1.048 nach BKG, AsylBlG und SGB XII Leistungsberechtigte Kinder und Jugendliche im Oktober 2018.

Auf die Anlage „BuT_Vortrag_06122018“ wird verwiesen.

4.3 Informationen zu Bringzonen im Verkehrsraum bei Grundschulen

Herr Hofmann informierte, dass zum 12.11.18 an den Grundschulen Hafenschule, Stadtmitte und St. Martin Hol- und Bringzonen eingerichtet wurden. Diese Zonen werden nach Auskünften der Grundschulen Hafenschule und St. Martin bereits angenommen, jedoch noch nicht in vollem Umfang. Nach Auskunft der Polizei werde die Hol- und Bringzone bei der Grundschule Stadtmitte schon sehr gut angenommen. **Frau Winkler** bestätigte als kommissarische Leitung der Grundschule Hafenschule die Angaben und wies darauf hin, dass hierzu noch ein Elternbrief folge.

Herr Dr. von Teichman sprach sich für Sammelpunkte aus, die weiter entfernt von den Schulen liegen sollten. **Herr Burkhardt** verwies darauf, dass die Buslinie 6 nun an der Grundschule Stadtmitte vorbeiführe. **Herr Hofmann** erklärte, dass diese Linienverlegung auf Grund der Sanierung der Siebethsburger Straße nötig geworden sei. Nach Auskunft der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft sei die Verlegung für den Zeitraum 07. bis 14.12.18 geplant. Hol- und Bringzonen, so **Herr Feist**, müssten in der Nähe der Schulen sein, zu den möglichen Sammelpunkten sollen noch die

Schulen angesprochen werden. Ein bereits bestehender Sammelpunkt in der Umgebung der Grundschule Mühlenweg werde noch nicht ausreichend angenommen.

Herr Burkhardt forderte die Unterstützung der Grundschule Stadtmitte bei der aktuellen Verkehrslage. **Herr Hofmann** teilte mit, dass die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft im Zuge der Buslinienverlegung die Polizei beteilige, die wiederum den städtischen Ordnungsdienst einschalten könne.

4.4 Anfrage zum Programm „Schule Plus“

Unter Verweis auf den Besuch des Nds. Kultusministers fragte **Herr Dr. von Teichman** nach dem Programm „Schule Plus“. **Herr Pommer** teilte mit, dass es zunächst zu Standortfeststellungen gekommen sei und weiteres maßgebend von den Schulen bestimmt werde.

4.5 Anfrage zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum inklusive Schule (RZI)

Herr Dr. von Teichman äußerte den Wunsch, über den Sachstand der Arbeit des RZI informiert zu werden. Diesen Wunsch teilte **Frau Weinstock**.

4.6 Anfrage zum Außenstandort der OBS Stadtmitte

Herr Burkhardt fragte mit Blick auf Aufsichtspflicht und Schulweg, ob am Außenstandort der OBS Stadtmitte in der Paul-Hug-Straße auch Siebtklässler unterrichtet werden. **Herr Pommer** bestätigte dies nach Worterteilung und führte aus, dass die Schule diesbezüglich alle Regelungen einhalte.

4.7 Anfrage zur AG „Bessere Schule“

Auf Anfrage von **Herrn Burkhardt** gab **Frau Weinstock** an, erfolge zu gegebener Zeit eine erneute Einladung zur nächsten Sitzung der AG „Bessere Schule“.

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 17:20 Uhr

Feist
Referatsleitung

Weinstock
Vorsitz

Hofmann
Protokollführung